

und mitunter äußerst belastend. Hier ist nochmals auf die Hierarchie der Heime, in der jeweils mit dem nächst „schlimmeren“ Heim gedroht wurde, hinzuweisen.

Die bisherige Aufarbeitung deutet darauf hin, dass je weiter oben die Heime in dieser Hierarchie standen und je geschlossener und totaler sie als Institution funktionierten, es desto mehr zu problematischen, mancherorts katastrophalen Verhältnissen kam. Die Arbeiten und Berichte zu den sogenannten „Endstationen“ offenbaren schockierende Verhältnisse in diesen Heimen, die schon damals nicht zu rechtfertigen waren und gelegentlich auch skandalisiert wurden. In der weiteren Arbeit des Runden Tisches wird ein besonderes Augenmerk auf diesen Differenzen und Unterschieden in der damaligen Praxis liegen.

Der Runde Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ wird sich auch in seinem zweiten Jahr weiter mit der Aufarbeitung der Heimerziehungspraxis befassen. Viele Fragen sind noch ungeklärt und einige Themen bedürfen einer weiteren Vertiefung. Im Zentrum des zweiten Jahres steht jedoch die Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen zum weiteren gesamtgesellschaftlichen und politischen Umgang mit der Thematik. Hierfür wird es nach derzeitiger Arbeitsplanung zunächst um die individuellen traumatisierenden Folgen der Heimerziehung und die Frage, wie die Betroffenen in ihrer Aufarbeitung und Bewältigung unterstützt werden können, gehen. Im Weiteren wird die Frage der Anerkennung und Rehabilitation im Fokus stehen.

Rundschau

► Allgemeines

195 Millionen Euro für Haiti. In Deutschland wurden bisher 195 Mio. Euro für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Haiti gespendet. Dies ergab eine aktuelle Umfrage des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen/DZI bei insgesamt 63 Hilfswerken und Spendenbündnissen. Damit ist dies nach den Spendenaktionen für die Opfer der Tsunami-Katastrophe (2004/2005: 670 Mio. Euro) und der Elbeflut (2002: 350 Mio. Euro) das drittgrößte Spendenergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit dem absoluten Spendenvolumen für Haiti an der Spitze. Jedoch leisteten die Schweizer und die Niederländer mit durchschnittlich 7,20 Euro (Schweiz) und 4,10 Euro (Niederlande) pro Einwohner und Einwohnerin jeweils höhere Spendenbeiträge als die Deutschen (2,40 Euro). Bei 21 deutschen Organisationen beziehungsweise Bündnissen liegen die Spendeinnahmen für Haiti über 1 Million Euro. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen vom 12.3.2010*

Europäisches Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Die seit 1983 von der Europäischen Union ausgerufenen Europäischen Jahre zielen auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für jeweils aktuelle soziokulturelle Fragen. Diesjähriges Thema ist die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mit Schwerpunkt auf der Situation von Kindern und Arbeitslosen oder anderweitig ausgeschlossenen Menschen. Um diesen Kontext für ihre eigenen Anliegen zu nutzen, starteten Caritas Europa und der Deutsche Caritasverband die Kampagne „Zero Poverty – Gemeinsam gegen Armut“, an der sich Caritasverbände aus mehreren Ländern beteiligen. Im Internet stehen unter www.zeropoverty.de Informationen zur Armutsgefährdung der deutschen Bevölkerung, Angebote für freiwilliges Engagement und konkrete Vorschläge der Caritas. *Quelle: Sozialcourage 1.2010*

Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft.

Hrsg. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales von Berlin. Selbstverlag. Berlin 2009, 88 S., kostenlos *DZI-D-8919*

Homophobie, die Feindseligkeit gegenüber homo-, bi- oder transsexuellen Menschen, war der Gegenstand der internationalen Fachtagung „Gemeinsam für Anerkennung und Respekt“, die im November 2008 in Berlin stattfand. Diskutiert wurde die Frage, wie die Ausgrenzung der betreffenden gesellschaftlichen Gruppen verhindert werden kann und welche Bedeutung Aspekten wie Migration und Rassismus in diesem Zusammenhang beizumessen ist. Um die weithin beobachtbaren Prozesse der Stigmatisierung abzuwenden, wird empfohlen, zielgruppenorientierte Maßnahmen mit kulturspezifischen Ansätzen zu entwickeln, die Rahmenbedingungen zur Sensibilisierung für das Problem zu verbessern und entsprechende Netzwerke aufzu-

bauen. Ein Anhang enthält neben einem Verzeichnis relevanter Adressen und Projekte eine Zusammenstellung von Studien zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales von Berlin, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, E-Mail: broschuerenstelle@senias.berlin.de

Längere Kündigungsfristen. Mit Urteil vom 19.1.2010 erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) die deutschen Kündigungsfristen, bei denen Beschäftigten vor dem 25. Lebensjahr unberücksichtigt bleiben, für gesetzeswidrig. Anlass war die Klage einer Frau aus Essen, die seit dem 18. Lebensjahr in ihrer Firma angestellt war und nach zehnjähriger Arbeitszeit eine Kündigung mit einer Frist von einem Monat erhielt, da lediglich drei Arbeitsjahre angerechnet wurden. Laut EuGH handele es sich bei der aufgehobenen Regelung nach § 622 Abs. 2 Satz 2 BGB um eine Diskriminierung aufgrund des Alters. *Quelle: Mitbestimmung 1+2.2010*

Europäische Kommission verstärkt Engagement für Gleichstellung von Mann und Frau. Mit der Charta für Frauen bringt die EU ihr verstärktes Engagement für eine Gleichstellung von Mann und Frau zum Ausdruck. Diese politische Erklärung sieht fünf Schlüsselbereiche für Maßnahmen vor und verpflichtet die Kommission, in den kommenden fünf Jahren in allen ihren Politikbereichen auf Gleichberechtigung zu achten und die Gleichstellung von Frauen und Männern gezielt zu fördern. Ihre Ziele sind: Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen, gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit, gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen durch gezielte Maßnahmen der EU, Menschenwürde und Unverletzlichkeit der Person sowie Beendigung von Gewalt gegen Frauen durch ein umfassendes politisches Konzept, Gleichstellung der Geschlechter über die EU-Grenzen hinaus, indem dieses Thema auch im Rahmen der auswärtigen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen behandelt wird. Eine neue Europabarometer-Umfrage zur Gleichbehandlung der Geschlechter zeigt, dass nach Ansicht von 62% der Europäerinnen und Europäer in vielen Gesellschaftsbereichen nach wie vor Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen herrschen und dass die EU dagegen vorgehen sollte. *Quelle: Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 5.3.2010*

► Soziales

Nachweis für ehrenamtliche Tätigkeit. Wer in Bayern unentgeltlich im sozialen Bereich arbeitet, kann seit Dezember 2009 für dieses Engagement einen Ehrenamtsnachweis beantragen, der sowohl die betreffenden Kompetenzen als auch Aus- und Fortbildungen im Rahmen der jeweiligen Tätigkeiten dokumentiert. Voraussetzung ist ein Minimum von 80 freiwillig geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr für Erwachsene und 60 Stunden für Jugendliche, wobei auch die blockweise Mitwirkung an zeitlich befristeten Projekten angerechnet wird. Aufwandspauschalen und geringfügige Vergütungen im Rahmen der geltenden Steuerfreibeträge sind kein Hindernis. Als nützlich erweist sich die Urkunde vor allem bei Bewerbungen oder bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Ausstellung er-

folgt durch das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement oder durch soziale Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Organisationen, Kirchengemeinden und Kommunen. Weiteres im Internet unter www.ehrenamtsnachweis.de. *Quelle: Engagiert in Bayern 4.2009*

Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden.

Themenheft 1: Hilfe-Mix – Ältere Menschen in Balance zwischen Selbsthilfe und (professioneller) Unterstützung. Hrsg. Netzwerk: Soziales neu gestalten. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2009, 70 S., kostenlos *DZI-D-8927* Die insgesamt fünf Themenhefte des Netzwerks „Soziales neu gestalten“ (SONG) geben aus der Praxis heraus Anregungen zur Entwicklung und Umsetzung innovativer Versorgungskonzepte und unterstützen damit die Debatte um den künftigen Stellenwert gemeinwesenorientierter Wohnprojekte im Quartier. Dieser erste Beitrag der Reihe dokumentiert die Ergebnisse eines Fachtages der an SONG beteiligten Unternehmen, der im Februar 2007 in Köln stattfand. Diskutiert wurde über verschiedene Wohn- und Hilfeformen für ältere Menschen, wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, über einzelne Aspekte der Selbsthilfe und der professionellen Hilfe und über die Option des Hilfe-Mix, einer Kombination aus Anteilen beider Möglichkeiten. Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen erfolgen Handlungsempfehlungen an die Freie Wohlfahrtspflege, die Kommunen und die Politik. Bestellanschrift: Netzwerk: Soziales neu gestalten, Bertelsmann Stiftung, Gerhard Krays, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh, Tel.: 052 41/81-813 36, E-Mail: gerhard.krays@bertelsmann.de

Studien zu Auswirkungen des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II).

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hat das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) zwei Studien erstellt, um die Auswirkungen des SGB II auf Menschen mit Migrationshintergrund und auf Frauen zu untersuchen. Wie sich herausstellte, seien Verbesserungen dringend nötig, um Benachteiligungen entgegenzuwirken. Die Ursachen für die mangelnde Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt beruhen auf Sprachproblemen, fehlender Ausbildung und der häufig verweigerten Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Zu beobachten sei auch, dass Sanktionen verstärkt gegenüber Personen mit türkischer oder südeuropäischer Herkunft verhängt würden. Weniger davon betroffen seien (Spät)Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Zugewanderte aus Mittel- und Osteuropa. Die zweite Studie zeigt geschlechtsspezifische Unterschiede und weist darauf hin, dass es sich bei etwa jeder zweiten Beschäftigten, die Frauen während des Hilfebezugs aufnehmen, um einen Minijob handle. Auch nach dem Bezug von Arbeitslosengeld II seien Frauen noch zu gut einem Fünftel in Minijobs tätig. Männer hingegen würden bevorzugt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen vermittelt wie beispielsweise in Zeitarbeit. Nähere Informationen zu den Studien unter <http://tinyurl.com/yde67af>. *Quelle: Brandaktuell 1.2010*

Programm zur Stärkung der Sozialwirtschaft. Mit dem Programm „Rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ stellt sich der Bund den demographischen Herausforderungen für die Sozialwirtschaft. Diese bestehen

darin, dass aufgrund der Alterung der Gesellschaft zum einen die Nachfrage nach personengebundenen Dienstleistungen steigt, zum anderen aber das Angebot an Arbeitskräften sinkt. Die Ziele der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom Europäischen Sozialfonds mit 60 Mio. Euro unterstützten Initiative bestehen darin, die Qualität der sozialen Angebote dennoch sicherzustellen und die Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft zur fördern. Dies soll erreicht werden durch die Entwicklung von Strategien, die geeignet sind, die Verweildauer der Beschäftigten im Beruf zu erhöhen und neue Fachkräfte hinzuzugewinnen. Projektvorschläge für die nächste Förderrunde werden noch bis zum 29. März dieses Jahres von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Berlin entgegengenommen. In: www.bagfw-esp.de. *Quelle: Paritätischer Rundbrief 02.2010*

► Gesundheit

Zentrum für seltene Erkrankungen. In Tübingen wurde im Januar dieses Jahres das erste deutsche Zentrum für seltene Erkrankungen (ZSE) eröffnet. Als selten gilt in der Europäischen Union eine Erkrankung dann, wenn in einem Land höchstens 5 von 10 000 Menschen darunter leiden, wie beispielsweise Mukoviszidose, das Down-Syndrom, die Glasknochenkrankheit oder die Bluterkrankheit. Allein in Deutschland gibt es nach Angaben der Universität Tübingen etwa 3 Mio. Betroffene. Die Ziele des ZSE bestehen darin, wirksame Therapieformen zu entwickeln, die jeweiligen Krankheiten in nationalen und internationalen Verbänden zu erforschen und die Zusammenarbeit verschie-

dener Berufsgruppen zu unterstützen. Darüber hinaus sollen entsprechende Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung bereitgestellt werden. Im Internet finden sich weitere Informationen unter www.medicin.uni-tuebingen.de/ZSE. *Quelle: Die BKK 2.2010*

Fachkräftemangel in Kliniken. Nach Informationen des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) werden bis zum Jahr 2017 rund 20 000 der gut 150 000 Klinikärztinnen und -ärzte aus Altersgründen aus dem Beruf ausscheiden. Im Hinblick auf den dadurch verstärkten Fachkräftemangel sei es nötig, die bestehenden Abläufe in Kliniken zu optimieren und die Arbeit neu zu verteilen. Bereits heute blieben 4 000 offene ärztliche Stellen in Krankenhäusern unbesetzt, da ein Mangel an qualifizierten Bewerbungen zu verzeichnen sei. Das Durchschnittsalter der Ärzteschaft in Kliniken liegt laut Statistik der Bundesärztekammer mit 41 Jahren deutlich unter dem der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit 51,5 Jahren. *Quelle: G+G 2.2020*

Akut-Geriatrie in Ingolstadt. Um älteren Menschen ab dem Beginn eines stationären Krankenhausaufenthaltes eine adäquate medizinische Betreuung zu bieten, wird das Klinikum Ingolstadt in Kooperation mit dem VdK-Geriatriezentrum Neuburg bis Juni dieses Jahres eine akutgeriatriische Abteilung eröffnen. Solche Stationen gibt es in Bayern bisher nur in drei Krankenhäusern. Die Zielsetzung dieser Einrichtungen besteht wie diejenige der geriatriischen Rehabilitation darin, die Patientinnen und Patienten zu einer möglichst selbstständigen Lebensführung in den eigenen

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen.

Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

vier Wänden zu befähigen und ihre Mobilität und Fitness so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Es ist das Ziel, die Folgen der bei alten Menschen häufig zu spät erkannten Krankheiten zu mildern. Durch das kombinierte Angebot aus Reha-Geriatrie und Akut-Geriatrie werde die Versorgungssituation deutlich verbessert. 87 % der bisher rund 20 000 Patientinnen und Patienten des VdK-Geriatriezentrums Neuburg und dessen Filialen konnten in ihr vertrautes Wohnumfeld zurückkehren. *Quelle: VdK Zeitung 03.2010*

Wohngruppen in geteilter Verantwortung für Menschen mit Demenz. Das Freiburger Modell. Von Thomas Klie u.a. Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit. Selbstverlag. Berlin 2009, 166 S., kostenlos *DZI-D-8942* Unter dem Motto der „geteilten Verantwortung“ entstand in Freiburg in den Jahren 2002 bis 2006 ein neuer Ansatz von Wohngruppen für Menschen mit Demenz, bei dem die Mitwirkung von Angehörigen und das bürgerschaftliche Engagement im Mittelpunkt stehen. Im Rahmen eines vom Bundesfamilienministerium und Bundesgesundheitsministerium geförderten Projekts wurden fünf Initiativen im Freiburger Raum untersucht, um verschiedene Möglichkeiten der Planung, Implementierung und Inbetriebnahme zu evaluieren und die jeweiligen Erkenntnisse für einen bundesweiten Diskurs zugänglich zu machen. Dieser Forschungsbericht beschreibt die besonderen Prinzipien des Freiburger Modells und gibt Einblick in die Projektwirklichkeit, die rechtlichen Bedingungen und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Betroffenen, Ehrenamtlichen, Angehörigen und professionellen Kräften. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 0 18 05/77 80 90

Bundeswettbewerb Aidsprävention ausgelobt. „Neue Wege sehen, neue Wege gehen“ – unter diesem Motto ruft der Bundeswettbewerb Aidsprävention, der von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gemeinsam mit dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und dem Bundesministerium für Gesundheit 2010 zum zweiten Mal ausgelobt wird, dazu auf, neuartige, außergewöhnliche und nachahmenswerte Projekte einzureichen. Insgesamt werden für die prämierten Ideen und Projekte Preisgelder in Höhe von 50 000 EUR vergeben. Teilnehmen können Initiativen, Vereine, Institutionen, Beratungsstellen, Jugendgruppen und Schulen, die ihre Projektideen, begonnene oder bereits abgeschlossene Projekte einreichen. Beiträge werden bis zum 15. Juni 2010 von der BZgA entgegengenommen. *Quelle: Pressemitteilung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 3/2010*

► Jugend und Familie

Jugendstudie 2009. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken. Hrsg. Bundesverband deutscher Banken. Selbstverlag. Berlin 2009, 23 S., kostenfrei *DZI-D-8949* Um vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzmarktkrise das Wirtschaftsverständnis von Jugendlichen und deren Meinungen vom Bankensektor zu untersuchen, hat das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken 753 junge Menschen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren

und als Vergleichsgruppe 1 003 Erwachsene ab 18 Jahren telefonisch befragt. Die durch graphisch aufbereitete Statistiken veranschaulichten Ergebnisse verweisen auf das große Interesse der jungen Generation an wirtschaftlichen Fragen, wobei die Vermittlung entsprechender Kenntnisse überwiegend von den Medien und der Schule erwartet werde. Im Hinblick auf diese Bedarfslage plädiert der Bankenverband für die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs Wirtschaft an Schulen. Bestelladresse: Bundesverband deutscher Banken e.V., Burgstraße 28, 10178 Berlin, Tel.: 030/16 63-15 30, E-Mail: christian.jung@bdb.de

Reform des Vormundschaftsrechts. Da in der Vergangenheit wiederholt Fälle von Misshandlung oder Vernachlässigung von Pflegekindern bekannt geworden sind, erarbeitete das Bundesjustizministerium einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Vormundschaftsrechts. Dieser sieht vor, den Kontakt zum Vormund auf regelmäßig stattfindende monatliche Treffen auszuweiten, um so die Früherkennung von Gefahrensituationen zu verbessern. Die Betreuungsperson wird verpflichtet, beim Familiengericht mindestens einmal pro Jahr einen Bericht über den Umfang des Kontakts mit dem Kind einzureichen. Damit für das neue Aufgabenfeld genügend zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen, soll die Anzahl der einem Vormund zugeordneten Mündel auf maximal 50 begrenzt werden. Eine umfassende Modernisierung des Vormundschaftsrechts soll noch in dieser Legislaturperiode erfolgen. *Quelle: Stimme der Familie 6.2009*

Kinder erhalten Unterstützung für Klassenfahrten. Hilfebedürftige Familien haben die Möglichkeit, ihre Kinder an mehrtägigen Klassenfahrten teilnehmen zu lassen, da die Kosten für diese Klassenfahrten nicht von den Regelleistungen gedeckt sind, sondern gesondert erbracht werden müssen. Dies gilt auch dann, wenn die Familien keine laufenden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bekommen, weil das Einkommen zwar für den Lebensunterhalt ausreicht, jedoch nicht für die Teilnahme an einer mehrtägigen Klassenfahrt. Die Bundesregierung will, dass auch Kinder und Jugendliche in hilfebedürftigen Familien beziehungsweise in Familien mit einem laufenden Budget knapp oberhalb des laufenden Bedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts an mehrtägigen Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen teilnehmen können. *Quelle: heute im Bundestag vom 12.2.2010*

Qualität frühkindlicher Bildung in Deutschland muss verbessert werden. Die Qualität frühkindlicher Bildung für Kinder ab drei Jahren lässt in Deutschland immer noch zu wünschen übrig. Die wesentliche Ursache dafür liegt vor allem an der unzureichenden Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede. In Ostdeutschland ist die Betreuungsrelation deutlich ungünstiger als im Westen. Das zeigt ein aktueller Bundesländervergleich der Bertelsmann Stiftung. Nach dem am 3. Februar veröffentlichten Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme wird die Mehrheit der Kinder in Ostdeutschland ab drei Jahren bis zum Schuleintritt (62,5 % dieser Altersgruppe) in einer Kindergartengruppe mit einem Personalschlüssel von durchschnittlich 1 zu

12,4 betreut. Demgegenüber haben fast 59 % der Kinder dieser Altersgruppe in Westdeutschland einen deutlich besseren Personalschlüssel von durchschnittlich 1 zu 9,2. Insgesamt erreicht kein Bundesland den von der Bertelsmann Stiftung empfohlenen Personalschlüssel von 1 zu 7,5, der auf internationalen Erfahrungen basiert. Grundlage der Auswertungen sind Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik des Jahres 2008. Die Berechnungen führte die Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durch. *Quelle: Pressemeldung der Bertelsmann Stiftung vom 3.2.2010*

Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige zwischen Ausbau und Bildungsauftrag. Hrsg. Maria-Theresa

Münch und Martin R. Textor. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. Berlin 2009, 226 S., EUR 18,20 *DZI-D-8934*

Das Kinderförderungsgesetz (KiföG), das am 1. Januar 2009 in Kraft trat, sieht vor, ab dem 1. August 2013 für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einzuführen, um so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und eine größtmögliche Chancengleichheit herzustellen. Zur Verwirklichung dieser Ziele bedarf es einer Ausweitung der bisherigen Angebote, die hier im Hinblick auf ihren aktuellen Stand und ihre Entwicklungspotenziale dokumentiert werden. Der Band bietet eine empirische Betrachtung der gegenwärtigen Situation, beschreibt den Ausbau der Kinderbetreuung durch Bund, Länder und Kommunen und gibt einen Überblick über verschiedene Formen der institutionellen und außerinstitutionellen Kindertagespflege. Berücksichtigung finden darüber hinaus auch Fragen der Qualifizierung und qualitative Aspekte der frühpädagogischen Arbeit. Bestelladresse: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

Mobiles Altern. Geschlechtsspezifische Pflegearrangements und transnationale Lebensbezüge älterer türkeistämmiger Migranten. Die Goethe-Universität Frankfurt am Main führt seit dem letzten Jahr ein Projekt durch, in dem untersucht wird, wie Familien mit türkischem Migrationshintergrund in Frankfurt die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen sicherstellen und wie dies unter Berücksichtigung des Pendelverhaltens funktioniert. Es zeichnet sich ab, dass externe Pflegedienstleistungen von älteren türkeistämmigen Migranten und Migrantinnen dann in Anspruch genommen werden, wenn die familiäre Unterstützung an ihre Grenzen gestoßen ist. Das Projekt „Mobiles Altern“ wird finanziert aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst im Forschungsschwerpunkt „Fokus Geschlechterdifferenzen“. Informationen: Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Kulturanthropologie und europäische Ethnologie, Senkenberganlage 31-33, 60054 Frankfurt. *Quelle: IKom-Newsletter 1/2010*

► Ausbildung und Beruf

Neuer Lehrgang Palliative Care für psychosoziale Berufsgruppen. Das ganzheitliche Betreuungskonzept

für Patienten und Patientinnen, die sich im fortgeschrittenen Stadium einer unheilbaren Erkrankung befinden, stellt die Verbesserung oder Wiederherstellung der Lebensqualität der Betroffenen in den Mittelpunkt. Der Lehrgang erschließt den Teilnehmenden die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit schwerstkranken und sterbenden Menschen und deren Angehörigen. Die Teilnehmenden sollen in die Lage versetzt werden, die Betreuungsangebote verschiedener Einsatzfelder, wie zum Beispiel Palliativstation, Hospiz, Onkologie und Altenhilfe bedarfsorientiert zu vernetzen. Die Weiterbildung entspricht den Vorgaben des § 39a SGB V. Informationen: IN VIA Akademie im Meinwerk-Institut, Giersmauer 35, 33098 Paderborn, Tel.: 05251/2908-37 (Frau Brys), E-Mail: info@meinwerk.de, Internet www.meinwerk.de. *Quelle: Pressemitteilung der IN VIA Akademie vom 23.2.2010*

Zusatzqualifikation „Anti-Gewalt-Training“. In einem delikt-spezifischen Zertifikatskurs zum Umgang mit jugendlichen und erwachsenen Wiederholungstätern, die als gewaltbereit einzuschätzen sind, werden sozialpädagogische und psychologische Interventionsformen erlernt. Das Training für pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe und Schulsozialarbeit gründet sich auf aggressions- und kriminalitätstheoretische sowie lerntheoretisch-kognitive Erkenntnisse. Die konfrontative Grundhaltung sowie die Methoden basieren auf dem in der Jugendvollzugsanstalt Hameln entwickelten Anti-Aggressivitäts-Training (AAT). Gemäß dem Bildungsansatz „Aus der Praxis für die Praxis“ werden die von den Referentinnen und Referenten erprobten Konzepte und Methoden weitergeben. In der Ausbildung werden fachübergreifende Methoden zu einem im professionellen Alltag praktikablen und erfolgreichen konfrontativen Arbeitsstil gebündelt, der sogleich in der eigenen Praxis umgesetzt und angewandt werden soll. Die Ausbildung umfasst insgesamt 115 Unterrichtseinheiten inklusive Praxisberatung und Abschlusskolloquium und erfolgt berufsbegleitend über einen Zeitraum von zehn Monaten. Beginn ist der 6.10.2010. Informationen: Landesakademie für Jugendbildung, Malersblock 8, 71263 Weil der Stadt, Tel.: 070 33/52 69-0, E-Mail: info@jugendbildung.org. *Quelle: Pressemitteilung der Landesakademie für Jugendbildung vom März 2010*

Sozialarbeit – eine neue Profession bahnt sich ihren Weg. Von Peter Reinicke. Hrsg. Sozialarbeit bei Epilepsie e.V. Bethel-Verlag, Bielefeld 2009, 62 S., kostenlos *DZI-D-9010*

Die zum Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Profession der Sozialarbeit wird in dieser Handreichung im historischen Rückblick dargestellt. Der Autor beschreibt die Anfänge zur Zeit Bismarcks, die ersten Arbeitsfelder im Bereich der Gesundheitsfürsorge, die entsprechenden Ausbildungswege, die Weiterentwicklung des Berufs in der Weimarer Republik und die besonderen Herausforderungen, denen sie sich während der Diktatur des Nationalsozialismus stellen musste. Diese werden anhand einzelner Gesetzesauszüge und am Beispiel des Verwaltungsbeamten Richard Kobrak veranschaulicht, der im Zuge der Nürnberger Gesetze aus seiner Tätigkeit beim Berliner Magistrat entlassen und im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurde. Da die Soziale Arbeit immer im Zusam-

menhang der gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten stehe, sei es wichtig, sich mit diesen Kontextbedingungen auseinanderzusetzen, um zu prüfen, welchen Zielen das berufliche Handeln dient. Bestelladresse: Bethel-Verlag, Postfach 130260, 33545 Bielefeld

Duale Ausbildung für Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen. Für Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen besteht in Ostfriesland die Möglichkeit, an einer beruflichen Qualifizierung zum Helfer oder zur Helferin im Altenheim teilzunehmen. Im Rahmen eines dreijährigen, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Projekts, dessen Laufzeit bis zum 31.12.2010 befristet ist, erfolgen eine Ausbildung in den Bereichen Küche, Hauswirtschaft und Hausmeisterdienst sowie eine Anleitung zur Alltagsbegleitung der Bewohnerinnen und Bewohner. Darüber hinaus nehmen die Jugendlichen einmal pro Woche am Unterricht in der Berufsfachschule Emden teil. Zahlreiche Altenheime in Ostfriesland wirken an der Initiative mit und bieten Ausbildungsplätze an. Wer teilnehmen möchte, muss die Förderschule „Lernen“ oder „geistige Entwicklung“ besuchen und eine Anerkennung der Lernbeeinträchtigung durch die Agentur für Arbeit vorlegen. Informationen: www.gnl-ev.de. *Quelle: Menschen 1.2010*

Bewerbungsverfahren für das Freiwillige Soziale Jahr 2010 in Sachsen. Ab sofort haben Jugendliche die Möglichkeit, sich für die Teilnahme am Freiwilligen Sozialen Jahr bei über 160 Einrichtungen zu bewerben. Derzeit nehmen über 250 junge Menschen ein Freiwilliges Soziales beziehungsweise Ökologisches Jahr bei den Paritätischen Freiwilligendiensten wahr, das von Seminaren und Bildungstagen begleitet wird. Hier können die jungen Menschen ihre persönlichen, sozialen und fachlichen Kompetenzen weiterentwickeln. Zudem reflektieren sie die Erfahrungen aus ihrem Arbeitsalltag und gewinnen so auch Pluspunkte für künftige Bewerbungen. Informationen: www.parisax-freiwilligendienste.de. *Quelle: Pressemitteilung der Paritätischen Freiwilligendienste Sachsen gGmbH vom 5.3.2010*

5.-7.5.2010 Berlin. Deutscher Pflegekongress 2010 – Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit. Information: Kongressbüro Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit, Palisadenstraße 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/498 550 31, E-Mail: info@hauptstadtkongress.de

11.-12.5.2010 Oldenburg. Fachkongress: Trennung und Scheidung – Kinder im Spannungsfeld elterlicher Konflikte. Information: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V., Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

26.-27.5.2010 Erkner bei Berlin. Kongress: Fachberatung für Kindertagesbetreuung. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/76 29 80-219, E-Mail: muench@deutscher-verein.de

11.-12.6.2010 Innsbruck. Fachtagung: Männer in der Kinderbetreuung – neue Perspektiven für die Elementarpädagogik. Information: Forschungsprojekt elementar an der Universität Innsbruck, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung, Schöpfstraße 3, A-6020 Innsbruck, Tel.: 0043/512/507-4018, E-Mail: elementar-ezwi@uibk.ac.at

12.-13.6.2010 Hamm. Kongress: Verbunden in Vielfalt – Lebenswelten im Kreuzbund. Information: Bundesgeschäftsstelle des Kreuzbund e.V., Münsterstraße 25, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/67 27 20, E-Mail: info@kreuzbund.de

17.-19.6.2010 Berlin. Öffentliche Fachtagung: Kann Solidarität unsere Zukunft retten? Information: Deutsche Gesellschaft für Gruppendynamik und Organisationsdynamik, c/o DAGG-Geschäftsstelle, Frau Jutta Bohnhorst, Landaustraße 18, 34121 Kassel, Tel.: 05 61/28 45 67, E-Mail: fachtagung.solidaritaet@dggo.de

24.-26.6.2010 Graal-Müritz. 3. Sommerakademie der Akademie für Fortbildung in Psychotherapie (afp). Information: Akademie für Fortbildung in Psychotherapie, Thomas-Mann-Straße 8, 18055 Rostock, E-Mail: rostock@afp-info.de

11.-14.9.2010 Münster. Fachtagung: 28. Deutscher Jugendgerichtstag. Information: DVJJ e.V., Lützeroderstraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, E-Mail: info@dvjj.de